



Teltower Kreisblatt

Tageszeitung für den Kreis Teltow

Ämtliche Zeitung des preussischen Landkreises Teltow

Das Teltower Kreisblatt erscheint wöchentlich. Bezugspreis monatlich RM. 1,85 einschließlich Botenlohn; durch die Post zugestellt monatlich RM. 1,90. — Bestellungen nehmen an alle Postämter, Briefträger und unsere Nebenstellen im Kreise Teltow. — Anzeigen lt. auflegender Preisliste 17. — Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Lühnowstraße 87. — Fernruf: B 2 Lühnow 0671. — Druck: Polstschfonto Berlin Nr. 24919. — Bankkonto: Girokonto Nr. 2887 bei der Sparkasse des Kreises Teltow. — Gerichts- und Erfüllungsort: Berlin-Schöneberg.

Polen hält am Pilsudski-Kurs fest

Die polnische Regierung unmissverständlich gegen jede Verfassungsänderung

Veräufschte Hoffnungen der polnischen Opposition

Warschau, 20. Februar.

Aus der bei der Eröffnung der Haushaltsberatungen beim gehaltenen Rede des Ministerpräsidenten Sicialkowski, die die erste politische Programmrede der Regierung gewesen ist, während die bisherigen Reden vorwiegend auf finanzielle und wirtschaftliche Fragen abzielt hatten, hebt „Gazeta Polska“ als Wichtigstes Wesentlichstes die Ausführungen hervor, die der Ministerpräsident über die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition gemacht habe. Entgegen allen Gerüchten und gegen der Auffassung der oppositionellen Elemente, daß die Regierung Sicialkowski vor dem bisherigen Regierungschef der Pilsudski-Zeit irgendeine zugunsten der Opposition weichen werde, habe der Chef der Regierung in unmissverständlicher Art darauf hingewiesen, daß nur diejenigen in Polen ein Recht zur Mitbestimmung über das Schicksal des Staates und zur Mitarbeit hätten, die die neue Verfassung voll anerkennt. Wer auf die Änderung dieser Verfassung ausgehe, stelle sich selbst außerhalb des Rechts, an der Gestaltung des Schicksals des Staates mitzubestimmen. Weiter hebt das Blatt hervor, daß der Ministerpräsident sehr wohl die Warnungen des Marshalls Pilsudski vor „fremden Agenturen“ und vor der „inneren Anarchie“ beziehe, die in der Geschichte Polens immer die beiden bedrohlichen Erscheinungen gewesen seien. Im Kampf gegen diese Gefahren werde der Ministerpräsident die volle Verantwortung jedes rechtlich denkenden Staatsbürgers haben.

in Polen immer mehr zuspitze, da die Zahl der Juden in Polen viel zu groß sei. Es sei notwendig, die jüdische Auswanderung mit allen Mitteln zu unterstützen. Die Regierung sollte sich bemühen, daß außer Palästina noch andere Auswanderungsgebiete für die Juden bereitgestellt würden, damit die Auswanderung der polnischen Juden nicht von der englischen Politik in Palästina abhängig sei. In ähnlichem Sinne äußerte sich auch Senator Fürst Radziwill, der, darauf hinwies, daß Polen sich bemühen müsse, eine der starken Zahl der Juden in Polen entsprechende Auswanderungsquote zu erreichen. Wenn man die Zahl von einer Million Juden nehme, die Polen los werden müsse, so sei dafür auch die Notlage der polnischen Landwirtschaft maßgebend, die in die kleinen Städte abwandern müsse, in denen die Juden sich ein Handelsmonopol geschaffen hätten.

Auf zur Jagd!



1. März 1936

Reichsstraßenammlung für das W S W

Görings Jagdbesuch in Polen.

Ministerpräsident Göring hat sich mit seiner Frau zu einem mehrtägigen Jagdaufenthalt in den polnischen Staatsforst von Bialowieza begeben.

Ministerpräsident Göring ist begleitet von Staatssekretär Koerner, Oberlandesforstmeister Dr. Hausendorff, dem Adjutanten Oberleutnant Bodensack und Oberjägermeister Menthe. Auf dem Bahnhof in Warschau hatten sich der deutsche Vorkommandant und Frau von Moltke, der deutsche Militärattaché Oberst von Sturbitz und die Mitglieder der deutschen Vorkommandant zum Empfang eingefunden. Polnischerseits waren Frau Ministerin Beck und vom Außenministerium der stellvertretende Chef des Protokolls, Graf Subiniski mit Frau, Graf Morzyn, Graf Potocki und Ministerialrat Kurnatowski zur Begrüßung anwesend.

Polen will seine Juden los werden

Warschau, 20. Februar.

Im Haushaltsauschuß des Senats wies bei der Beratung des Haushalts des Innenministeriums Senator Krowozski darauf hin, daß sich die Judenfrage

Ministerpräsident Göring machte Mittwoch vormittag einen Besuch beim Ministerpräsidenten Sicialkowski. Um 12 Uhr hatte er eine Audienz beim polnischen Staatspräsidenten. Anschließend besuchte Ministerpräsident Göring den Außenminister Beck, bei dem dann ein Frühstück zu Ehren des Ministerpräsidenten Göring und seiner Frau stattfand.

Am Nachmittag reiste Göring im Sonderzuge vom Warschauer Ostbahnhof nach Bialowieza wo er einige Tage zur Jagd bleiben wird. Mit dem Ministerpräsidenten reisten der deutsche Vorkommandant von Moltke sowie der Chef der Westabteilung des polnischen Außenministeriums, Graf Potocki, und die mit dem Ministerpräsidenten Göring aus Berlin gekommenen Herren Staatssekretäre Koerner, Oberlandesforstmeister Dr. Hausendorff und Oberjägermeister Menthe.

Lahmer Rechtfertigungsversuch der Schweiz.

In der schweizerischen Öffentlichkeit wird die einmütige Entrüstung des deutschen Volkes über den Beschluß des Schweizer Bundesrats, nach dem eine Landesregierung und Freisetzung der NSDAP nicht mehr zugelassen werden, sehr beachtet. Man sieht sich veranlaßt zu betonen, daß der Beschluß des Bundesrates in ruhiger Überlegung und nach reiflicher Prüfung gefaßt worden sei, und daß er vom schweizerischen Volk einstimmig gebilligt wurde. Man weist die Behauptung deutscher Kreise, daß der Bundesrat unter dem Druck der Marxisten oder dem Einfluß der Emigranten gestanden habe, mit Entschiedenheit zurück und beteuert, daß einzig und allein die schweizerischen Gesetze und das Bestreben, eine Entwicklung der Dinge zu verhindern, die das gute Einvernehmen mit den Nachbarländern fördern könnte, maßgebend gewesen sei.

Die schweizerische Presse stellt sich je nach ihrer politischen Einstellung mehr oder weniger aufmerk-

Italienische Enthüllungen

In sensationeller Aufmachung veröffentlicht das halbmonatliche „Giornale d'Italia“ Auszüge aus dem künftigen Bericht, den der von der englischen Regierung im Frühjahr 1935 eingeleitete interministerielle Ausschuß über dem Vorstoß von Sir John Maffey zur abgeklärten Frage am 18. Juni vorigen Jahres erarbeitet hat.

In diesem Bericht, der in unterrichteten römischen Kreisen als eine

politische Enthüllung von größtem Interesse betrachtet wird, vertritt der fragliche Ausschuß die Ansicht, daß die englische Regierung mit dem Dreimächteabkommen über Abyssinien vom Jahre 1906 „fast ganz Abyssinien für den Einflußbereich Italiens gehörend anerkannt“ habe, und ferner, daß „in Abyssinien und in seinen Nachbargebieten keine lebenswichtigen englischen Interessen bestehen, die solcher Art wären, daß die englische Regierung sich einer Eroberung Abyssiniens durch Italien widersetzen müßte“.

Dem allgemeinen Standpunkt einer besseren Grenzverwaltung wäre es nach dem Bericht sogar zu begrüssen, wenn Italien in Abyssinien zur Macht käme, vorausgesetzt, daß eine Verständigung über die Wechsellage in den Grenzgebieten von Englisch-Somaliland erreicht würde. Der Bericht gehe aber noch weiter und

lege im Hinblick auf einen möglichen Zusammenbruch Abyssiniens dar, welche Grenzberichtigungen England für diesen Fall ins Auge fassen müßte. Danach sollten Englisch-Somaliland jene Gebiete einverleibt werden, die den englischen Somalitämmen als

Weideland dienen. Für Kenja werden Grenzberichtigungen zwischen dem 38. und 40. Längengrad unter besonderer Berücksichtigung der wasserreichen Gebiete und für die Sudangrenzlinie die Einverleibung des südwestlich vom Wauan Kil legenden Weni-Schanqu-Gebietes vorgeschlagen.

Der Ausschuß faßt dann seine Stellungnahme in Schlußfolgerungen zusammen, in denen es u. a. heißt: „Der Standpunkt der Verteidigung des englischen Weltreiches wäre ein unabhängiges Abyssinien einem italienischen Abyssinien vorzuziehen. Allein die Gefahr für die englischen Interessen scheint ferner und wäre nur in Verbindung mit einem Krieg zwischen England und Italien zu sehen, der vorerst erst recht als unwahrscheinlich gelten könne.“

Das britische Hauptinteresse in Abyssinien wird vom Tanafee und Nilbecken gebildet, zugleich auch ein ägyptisches Interesse, das die englische Regierung schützen muß.

Für den Fall, daß Abyssinien als unabhängiger Staat verschwinden sollte, müßte die englische Regierung versuchen, sich die territoriale Kontrolle des Tanafees und eines entsprechenden Korridors sicherzustellen, der den Tanafee mit dem Sudan verbindet.“

Sollte dies nicht möglich sein, so müßten für den Bau des Staudammes am Tanafee weniger belastende Verbindungen erlangt werden, als sie zur Zeit gegenüber der abyssinischen Regierung bestehen. In handelspolitischer Hinsicht schließlich wird die wirtschaftliche Gleichberechtigung und die Politik der offenen Tür auf abyssinischem Gebiet verlangt.